

# AWO wählt Demokratie

## AWO zur Bundestagswahl

Sozialstaat stärken. Demokratie verteidigen.

### In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

In einer, in der es gerecht zugeht. In der alle Kinder eine Chance haben. Soziale Risiken abgesichert sind und die Verletzlichsten geschützt werden. In der die Menschenwürde das höchste Gut ist. In der Fortschritt und Entwicklung mutig gewagt werden und Verlässlichkeit dennoch ein hoher Wert ist. In der der Mensch ein echter Freund und Beschützer der Natur ist.

Wir erwarten von der zukünftigen Regierung, dass sie die existenziellen Herausforderungen für unsere Gesellschaft mit positiven Visionen und Zielen besetzt und mit mutigen Reformen angeht.

**Wir brauchen kraftvolle Investitionen in die Zukunft – in Bildung, Pflege, Gesundheit, Inklusion von Menschen mit Behinderung, Integration, Klimaschutz und Wirtschaft. Kein entweder / oder. Keine Reförmchen, sondern echte Umbrüche.**

Maßnahmen für soziale Sicherheit sind Investitionen in die Zukunft. Nur soziale Sicherheit schafft Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen.

Die knappen öffentlichen Haushalte und der fortschreitende Verfall öffentlicher Infrastrukturen machen deutlich: Der Politik fehlen finanzielle Spielräume, um unseren Sozialstaat abzusichern, eine funktionierende Daseinsvorsorge zu gewährleisten und Deutschland zukunftsfähig zu machen.



# AWO wählt Demokratie

Seit 2001 sind hingegen die 100 größten deutschen Vermögen um 460 Milliarden Euro gewachsen. Währenddessen bleibt die Armut in Deutschland mit 16,6% auf einem inakzeptabel hohen Niveau, jedes fünfte Kind muss in Armut leben.

Die wachsende Ungleichheit ist eine große Gefahr für die Demokratie.

**Die Umverteilung von unten nach oben muss sofort gestoppt werden. Ebenso die Mythen und Märchen der Wirtschaftslobby, nach denen eine erfolgreiche Zukunft Deutschlands nur mit einem Kahlschlag des Sozialstaats gelingen kann.**

Lohndiebstahl, Chancenraub durch Kinderarmut, unwürdige Lebensabende Pflegebedürftiger, Löcherstopfen in Deutschlands Tafeln – all das ist inakzeptabel.

**Wir fordern gemeinsam die Besteuerung großer Vermögen in Form einer Vermögensteuer und einer Vermögensabgabe.**

Die gerechte Besteuerung von Superreichen würde sowohl der zunehmenden Ungleichheit und ihren fatalen Folgen für die Demokratie entgegenwirken als auch finanzielle Spielräume schaffen, um erfahrbare Politik für die Menschen zu machen statt Sparhaushalte zu verabschieden. Das will auch die Mehrheit der Menschen in Deutschland.

Wir erwarten von allen demokratischen Parteien ein klares Bekenntnis zur Menschenwürde und zu Menschenrechten - und zwar für alle. Dazu gehört der Schutz der Verletzlichsten unserer Gesellschaft durch eine menschenwürdige Existenzsicherung.

**Nie wieder dürfen Menschen nach ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen betrachtet werden.**



# Forderungen AWO wählt Demokratie

## 1. Finanzierung und Umverteilung

- stärkere Besteuerung von Vermögenden („tax the rich“):  
Besteuerung großer Vermögen in Form einer Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe
- Abschaffung der Privilegien, Ausnahmen und Schlupflöcher für superreiche Unternehmenserb\*innen

## 2. Armutsbekämpfung und Existenzsicherung

- Solidarische Neuausrichtung der Familienförderung, die auf Steuergeschenke für Reiche verzichtet
- Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung
- Grundsätzliche Neuausrichtung der Berechnung der Regelsätze im Bürgergeld, Orientierung an den tatsächlichen Bedarfen der Menschen
- befähigen, statt bestrafen - Abschaffung von Sanktionen für Arbeitssuchende
- Keine Kürzungen der Investitionen in Arbeitsmarkteingliederung

## 3. Bildung

- Bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen und eine langfristig angelegte finanzielle Beteiligung des Bundes
- Sofortiger Handlungsbedarf!!! - demografische Entwicklung in Ost-Bundesländern als Chance nutzen und Qualität endlich verbessern  
- Personalabbau und Schließungen von Kitas als Folge sinkender Geburtenzahlen in den östlichen Bundesländern stoppen –  
Fachkraft-Kind Schlüssel sofort anheben
- Finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern bei der Schaffung der Voraussetzungen für die Umsetzung des inklusiven SGB VIII
- langfristig kostenfreie frühkindliche Bildung für alle Kinder und Jugendlichen



# Forderungen AWO wählt Demokratie

## 4. Pflege

- finanzielle Absicherung pflegender Angehöriger durch Lohnersatzleistung und zusätzliche Rentenpunkte
- Schutz Pflegebedürftiger vor Armut durch eine Pflege-Vollversicherung
- Sicherung einer soliden Finanzierungsbasis in der Pflege durch eine solidarische Bürgerversicherung
- Entlastung der Pflege von versicherungsfremden Leistungen (Ausbildungskosten, Kosten der stationären Behandlungspflege, Kosten der Digitalisierung)
- SGB V Finanzierung der palliativen Versorgung in der stationären Pflege
- Finanzierung einer wissenschaftlichen Studie für die häusliche Krankenpflege zur Ermittlung der Zeitbedarfe als Grundlage für eine bundesweit bedarfsgerechte Versorgung in diesem Bereich
- einheitliche wissenschaftsbasierte Parameter für die bundesweite kommunale Pflegeplanung

## 5. Gewaltschutz & Selbstbestimmung

- Eigenanteil im Frauenschutzhäusern abschaffen - Schutz und Sicherheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen
- ein Sexkaufverbot ist nicht die Lösung – Beratungsarbeit langfristig, bedarfsgerecht und flächendeckend absichern; sichere Perspektiven für einen Ausstieg schaffen (Hürden im Ausstiegsprozess wie Wohnraum, Lebens- und Aufenthaltssicherung, fehlende Sprachkenntnisse beseitigen)

## 6. Gesundheit

- Reha vor Rente - Versorgungslücken schließen! Flächendeckender Zugang zur medizinisch-beruflichen Rehabilitation für Menschen mit psychischen Erkrankungen
- Neuregelung der Personalvorgaben für die Psychiatrie/ Psychosomatik



# Forderungen

## AWO wählt Demokratie

### 7. Integration

- Menschenrechte und Art 1 des GG bei Maßnahmen der Asyl- und Migrationspolitik achten & rechtsstaatliche Standards (z.B. bei der nationalen Umsetzung der GEAS-Reform) bewahren
- Zugang zum Arbeitsmarkt für in Deutschland lebende geflüchtete Menschen konsequent & bürokratiearm erleichtern
- Flächendeckende Versorgungsstruktur & angemessene Finanzierung von Beratungs-, Betreuungs- und Integrationsangeboten sicherstellen
- Recht auf berufliche und soziale Teilhabe für alle Geflüchteten gewährleisten, Rahmenbedingungen konsequent umsetzen (Entbürokratisierung, Beschleunigung von Verfahren, Unterstützung von Beratungsdiensten)
- Zugang zu Sprach- und Integrationskursen erleichtern (besonders schutzbedürftige Gruppen, wie Alleinerziehende, Familien und Menschen mit Behinderungen beachten)
- Wahlkampf auf dem Rücken der Schwächsten & populistische Verschärfungen des Asylrechts spalten die Gesellschaft - Rückkehr zu einer faktenbasierten und menschenrechtskonformen Debattenkultur!

### 8. Freiwillige

- Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst



# Forderungen

## AWO wählt Demokratie

### 9. Inklusion

- Anspruch auf inklusive Teilhabe garantieren: Jeder Mensch mit Behinderung hat ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen – unabhängig von Einkommen, Vermögen oder Unterstützungsbedarf
- Barrierefreiheit ausbauen – öffentliche Infrastruktur, Bildungseinrichtungen, Arbeitsplätze, Verkehrsmittel und digitale Angebote müssen barrierefrei gestaltet werden
- Recht auf Pflege unabhängig vom Wohnort – keine pauschale Abgeltung der pflegebedingten Aufwendungen
- Beteiligung des Bundes an der Finanzierung Eingliederungshilfe: Die Eingliederungshilfe benötigt eine solide finanzielle Grundlage, um die steigenden Bedarfe decken zu können.
- Investition in die Zukunft – Inklusion als Querschnittsaufgabe

### 10. Klimaschutz

- Nachhaltigkeitskriterien in Sozialgesetzbüchern verankern (Refinanzierung)
- Einführung Klimageld (CO<sub>2</sub>-Bepreisung)
- Förderung von Maßnahmen zur Klimaanpassung (Hitzeschutz, Hochwasserschutz)
- Ernährungswende (Förderung klimafreundlicher Verpflegung)
- Mobilitätswende (Ausbau sozialgerechter ÖPNV)
- Energiewende (raus aus fossilen und Förderung der erneuerbaren Energien)

